

Wir haben unter den Erfahrungsberichten hier einige Partner aus der Wirtschaft, denen wir für ihre Teilnahme danken. Vorgesehen ist, daß die einzelnen mit ihren persönlichen Berichten beginnen und wir dann in der Diskussion die Möglichkeit haben, vertiefend oder grundsätzlich zu fragen. In diesem Sinne schlage ich vor, daß Herr Fischer, den ich als ersten herzlich begrüßen möchte, beginnt und uns seinen Erfahrungsbericht liefert.

**Martin Fischer:** Ich bin ein Handwerksmeister aus der ehemaligen DDR, noch dazu ein selbständiger, der so alt ist wie seine Republik war. Ich hatte in meinem 20-jährigen Betriebsüberlebenstraining mehr Schweiß sein müssen als Handwerker.

Als 10-jähriger war das erste Treffen mit zwei Herren im schwarzen Ledermantel, und einen an Kreislaufschwäche in der Backstube liegender Vater. Nach dem Spießrutenlauf als einziger männlicher Konfirmand in einem christlichen Quartett, wurde mir der Besuch der Oberschule verweigert, da nur die Besten für die sozialistische Landwirtschaft und nicht für das Handwerk zum Abitur delegiert wurden.

Nach dem Abitur an der Abendschule natürlich, auf dem zweiten Bildungsweg und dem zeitgleich abgelegtem Facharbeiterbrief mit Fachschulreife weder ein Studium an der TU-Dresden noch ein Fachschulstudium an der Fachschule für Back- und Süßwarentechnik in Dippoldiswalde „frei war“ – 18 Monate NVA-Wehrdienst.

Als Stammpersonal in einem Unteroffiziersausbildungsregiment, zuständig als Stabsfahrer, Stiefelauszieher für seinen Regimentskommandeur, Benzinabrechner für russische Fahrzeuge, Kellner im Offizierskasino, aber auch intensiver Leser des eigenen Wehrstambuches, als ordentlicher Gefreiter entlassen, und trotzdem kein Studienplatz „frei“.

Mitglied einer Partei geworden, zu deren Gründungsmitglied in Sachsen-Anhalt der Onkel zählte, durch den ich nach einem Urteilsspruch von 25 Jahren Bautzen den sozialistischen Staatsfrust zu spüren bekam und gerade deshalb unmusikalische Blockflöte wurde. Vorsitzender einer Ortsgruppe, die zahlenmäßig die mächtigste Partei im Heimatort war, obwohl meine Vorgänger in dieser Partei Familienbetriebe enteignet und sie selbst kriminalisiert wurden.

Den seit 1870 in Förderstedt bestehenden Handwerksbetrieb zweimal vor einer Sozialisierung (PGH) gerettet, aber auch unter aktiver Mithilfe der örtlichen und kreislichen CDU-Freunde, aber auch wegen meiner dreisten Art im Umgang mit staatlichen Stellen.

Der 1. Versuch: Die letzten privaten Industriebetriebe wurden in den 70er Jahren enteignet, für den Kreis Staßfurt sollte außerdem eine Bäcker-PGH gegründet werden. Mit mir wurde persönlich gesprochen. Dem Kreisvorsitzenden der CDU, auch ein Bäckermeister, teilte ich die Existenz von Dokumenten mit, die den 1. Stellvertreter des Rates des Kreises Staßfurt und Vorsitzender der Abt. Inneres schwer belasteten und deren Herausgabe die Stasi 1956

schlagkräftig von meinem Vater erhalten wollte. Der verdiente Genosse war Bäckerlehrling im elterlichen Betrieb, aber auch Gestapospitzel. Mit dem 1. Versuch sind wir glimpflich davongekommen.

2. Versuch: Die Versorgungssituation mit Backwaren spitzte sich ab 1978/79 in unserem Kreis weiter zu. Wieder sollte ein leistungsstarker Backbetrieb aufgebaut werden – eine PGH wäre die kostengünstigste Variante gewesen. Der Staat sparte, gerade was Backwaren anbelangte, an Investitionen. Die Preise sind Ihnen ja noch bekannt. Mein Grundstück und meine Ausbildung waren für die damalige Leiterin der Abt. ÖVW des Rates des Kreises Staßfurt, eine gelernte Traktoristin, die Lösung. Aber mit Überreichung meines Personalausweises der DDR unter Hinweis auf die neuen Regelungen zur Familienzusammenführung DDR-BRD, meine Frau und meine mit ihr „gezeugten Nichtstaatsbürger der DDR“, sie befanden sich z.Zt. nicht unter staatlichem Zugriff, schlug auch dieser Versuch fehl.

Für diese Frechheiten bezahlte ich dann bis 1989, da erhielt ich meine erste „besuchswise Ausreise in die BRD“, zum 75. Geburtstag des Onkels, der nach seiner Haftentlassung aus der gelben Hölle in Freiburg/im Breisgau lebt.

Genehmigt mit Auflagen: Der Betrieb durfte nicht geschlossen werden, die Aufenthaltsgenehmigung meiner Frau wurde zwecks „Überarbeitung“ eingezogen – trotzdem Fahrt mit dem noch minderjährigen Sohn, der als Bürger der Republik Polen Reisefreiheit für alle Länder besaß, und auch in meinem Personalausweis verzeichnet war. Der Zug hatte zwei Stunden Verspätung, aber wir durften reisen.

Als ständiger Nutzer eines Telefons „Variant II“ mußte ich zwangsläufig Gehörschäden davontragen und nicht auf alles hören was der Staat, bzw. die Partei sagte.

Wie ich eingangs schon sagte, man mußte mehr Schwejk sein als Handwerker.

Die sieben mageren Jahre nach der Einheit neigen sich wohl auch dem Ende entgegen – jetzt müssen die fetten Jahre folgen, das zweite deutsche Wirtschaftswunder muß durchstarten, sozialer Unfrieden zieht auf.

Die ewig Gestrigen liegen immer noch bzw. schon wieder auf der Lauer. Der braune wie auch der rote Faschismus waren für das deutsche Handwerk in unserer Region eine 57-jährige Geisel, und für einen Handwerksbetrieb, der seit 1870 besteht, ein ständiges Wechselbad der Gefühle.

Die gesamtdeutsche Demokratie, getragen von CDU/CSU, F.D.P., SPD und den Grünen, steht in der nationalen Pflicht, der Wirtschaft in den neuen Ländern Rahmenbedingungen zu schaffen, die unsere Fachverbände seit der Stunde Null fordern. Jedes ihrer parteipolitischen Scharmützel im Bundestag dient leider nur ihrer Selbstdarstellung, aber nicht der Gesundung der Wirtschaft. Besonders trifft es die, die mit ihren Arbeitsplätzen nicht ins Ausland abwandern können.

Parteifreund und Bundesminister Norbert Blüm kann sich persönlich in jedem Handwerksbetrieb überzeugen, wie kräftig wir täglich in die Hände spucken. Die Eckdaten der Ära Ludwig Ehrhards stehen ihm zur Verfügung.

Wir wollen die soziale Marktwirtschaft – mehr nicht, den Sozialismus hatten wir!

Den Elan der ersten zwei Jahre haben wir DDR-Handwerker geschöpft aus dem Wegfall staatlicher Mangelwirtschaft und Repressalien, die wir, der Restkapitalismus in der DDR, demütig zu ertragen hatten. Bedenken Sie bitte, die DDR ist auch zugrunde gegangen, nachdem das private Handwerk und die mittelständischen Betriebe mit preußischer Gründlichkeit von einem Saarländer fast endgültig vernichtet wurden. Alle demokratischen Parteien des Bundestages sind in Kürze gefordert, wichtige wirtschaftspolitische Beschlüsse zu fassen, um den weiteren Aufbau und den sich festigenden Erfolg des Handwerks und der mittelständischen Betriebe auf Dauer zu garantieren.

100.000 Gesetze und Einzelschriften sind eine zu große Last für eine Volkswirtschaft, d. h. Reformen und Ausforstung der Regelungsdichte müßten Priorität haben. Die Bürokratiekostenbelastung ist zu einem unerträglichen Kostenfaktor für unsere Betriebe geworden.

Gerade wir Handwerker sind durch administrative Aufgaben in doppelter Hinsicht bestraft, gegenüber der Industrie unterscheiden wir uns nur im Zahlenwert, und nicht im Zeitaufwand.

Trotz aller Rationalisierung benötige ich für meinen Betrieb mit jetzt 35 Beschäftigten ca. 60 Stunden pro Mitarbeiter im Jahr für die Erfüllung aller bürokratischen Anforderungen.

Das Bäckerhandwerk vereint Handel und Handwerk, durchschnittlich liegt die finanzielle Belastung für einen Arbeitsplatz zwischen 7.000 und 10.000 DM.

Diese administrationsbedingten Belastungen des Handwerks sind ein großes Hemmnis für die Konsolidierung unserer Betriebe. Daneben verlieren wir an Lebensqualität wegen der enormen Zeitbindung für die Bürokratie. Das Handwerk kann weitere Arbeitsplätze schaffen, aber sie müssen bezahlbar sein. Durch Vereinfachung des Fördermittelschulgels könnten wir durch Eigeninitiative an diese Programme gelangen, ohne die teure Hilfe eines Unternehmensberaters nutzen zu müssen.

Meine Forderung an die Politik: Vereinfachung der Steuergesetze!

Meinen Betrieb mit zwölf VBE habe ich zu DDR-Zeiten auch ohne Steuerbüro geführt. Heute zahle ich horrenden Beträge für das boomende Steuergewerbe, und ich muß feststellen: Durchblick hat keiner, Steuerrecht muß erstritten werden, wieder mit Kosten.

Stop dem Kostenwucherer Berufsgenossenschaften!

Muß ein Professor in einem Handwerksbetrieb kontrollieren? Geht es nicht ein bißchen preiswerter? Vor 1990 zahlten wir 0,9 % von der Bruttolohnsumme, aber da kostete der Krankentransport auch nicht 750 DM für fünf km! Berufskrankheiten wird es immer geben, nur der aufgeblähte Verwaltungsapparat, unsere Berufsgenossenschaft, müßte zuerst zur Kur!

Drosselung aller finanziell überzogenen Sozialleistungen!

Reduzierung von Überlohnung bei ABM, wie auch im Arbeitslosenbereich. Gerade hier zeigt sich, was 40 Jahre Gewerkschaftslobbyismus im Bundestag für eine unbezahlbare Belastung für das Handwerk aufgebaut hat. Handwerk und Mittelstand können diesem Machtpotential quer durch alle Parteien, schon aus zeitlichen Gründen, nichts entgegenen.

Unser täglich Brot muß bezahlbar bleiben. Energie-, Wasser- und Abwasserkosten dürfen unsere Produkte nicht noch durch eine neue Energiesteuer verteuern. Im Preisvergleich mit den alten Bundesländern liegen unsere Produkte bei 70 % gegenüber einem Kostenfaktor von 110 %, deshalb können nur sinnvolle Tarifabschlüsse für das neue Jahr für uns bindend gemacht werden.

Reindustrialisierung und Erhalt traditioneller Industriebetriebe sowie ein breitgefächelter Mittelstand in den neuen Ländern sind für den Erfolg des Handwerks wichtigstes Fördermittel. Wo Geld erarbeitet wird, wird es auch ausgegeben. Ein aktives Berufsleben, mit vielen Überstunden, zwingen vor Ort einzukaufen. Geschenktes für Nichtarbeit plus viel Freizeit exportiert die Kaufkraft in die angrenzenden alten Bundesländer. Das neue Ladenschlußgesetz intensiviert diesen Kaufkraftexport noch.

Unsere Städte und ihre Einzelhändler brauchen jeden Kunden, die Verödung der Innenstädte und der ländlichen Gebiete durch die Verlagerung der Verkaufsflächen auf die „grüne Wiese“, sind jetzt schon zu einem ernstem Problem geworden. Das potenzierte Mißverhältnis von Einkaufszentren vor den Städten, hat den Wettbewerb gegenüber den innerstädtischen Anbietern, tödlich verzerrt. Der Verdrängungswettbewerb ist zu Ungunsten der Innenstädte entschieden. Diese hochgeförderte Kurzsichtigkeit hat auf Dauer Arbeitsplätze vernichtet und der Verfall der Innenstädte bleibt ein Problem der Kommunen. Großfilialisten und Ketten verdrängen zunehmend junge Einzelhändler, ob Bäcker, Uhrmacher oder Reinigungsbetrieb. Preisdumping der Ketten können die eigenkapitalschwachen Einzelunternehmen schwer begegnen. Der finanzschwache Kunde Ost kauft lieber billig und viel, als teure Qualität.

Meinen Respekt den Abgeordneten des Magdeburger Landtages, die versucht haben, einem Ministerpräsidenten etwas abzuwählen, was er nicht besitzt – Vertrauen. Als Handwerker vertrauen uns die Kunden – und das läßt hoffen.

**Gesprächsleiter Abg. Dr.-Ing. Rainer Jork (CDU/CSU):** Ich danke Ihnen, Herr Fischer, für Ihren sehr persönlichen Bericht, aus der Sicht des Bäckerhandwerks. Ich bitte nun Frau Lotzmann, die einen mittelständischen Betrieb

vertritt und Geschäftsführerin einer Bekleidungs-GmbH ist, mit ihrem Bericht zu beginnen.

**Martina-Elvira Lotzmann:** Ich habe den Erfahrungsbericht zu Papier bringen wollen, das ist mir ganz schlecht gelungen. Ich habe ihn trotzdem abgegeben. Ich denke aber, daß es wichtiger ist, daß ich Ihnen einfach frei von der Leber weg erzähle, was ich so in den letzten sieben Jahren als Unternehmer erlebt habe, und komme damit sicherlich auf den einen oder anderen Schwerpunkt zu sprechen, der heute früh schon angesprochen worden ist.

Zunächst vielleicht so viel: Ich bin in den letzten sieben Jahren vom Händler zum Produzenten geworden. Nachdem ich mich also zunächst mit Groß- und Außenhandel befaßt habe und mit Bekleidung nach Osteuropa gehandelt habe, wollte ich das, womit ich handele auch selbst produzieren. Deshalb habe ich zum einen einen Handelsbetrieb über Management-Buy-Out von der Treuhandanstalt gekauft, und habe später zusätzlich eine Fabrik in Leipzig erworben, wo ich den Nachteil hatte, weil ich wie ein fremder Investor war, und nicht wußte was ich kaufe, sondern einfach gekauft habe. Wie wir das alle gemacht oder auch nicht gemacht haben. Ich selbst habe die persönliche Verantwortung übernommen, dabei hatte ich weder Kapital noch Garantien und Bürgschaften. Ich wurde Nutznießer von Existenzgründungsunterstützungen, die die Bundesregierung geschaffen hatte, die ich natürlich auch genutzt habe. Ich habe davon partizipiert, daß ich im Prinzip den vorhandenen Behördenaufbau genutzt habe, die schon existierenden Strukturen und auch Gesetze, die mir zwar mit dem Neueinstieg in das große Deutschland fremd waren, aber letztlich waren sie schon da. Wenn ich heute z. B. in Usbekistan bin und dort vor Unternehmern über die Privatisierung meiner Unternehmen spreche, dann sagen die als allererstes zu mir, das kann ja alles ganz schwierig sein und viel auch übergestülpt sein, aber ihr habt wenigsten Strukturen und Regelungen. Wir haben überhaupt gar keine Regelungen in Usbekistan, und deshalb ist es für uns um so schwieriger. Und ich glaube genau da ist der Punkt, daß wir in Deutschland – trotz aller Schwierigkeiten – funktionierende Strukturen und Gesetze als Basis gehabt haben, auf der wir unsere Unternehmen aufbauen konnten. Ich darf auch nicht verschweigen, daß ich sicherlich einer der Fälle bin, die nicht unbedingt über die BvS oder früher über die Treuhandanstalt schimpfen muß, weil ich eigentlich, wenn ich zunächst auch erst einmal zweieinhalb Jahre umsonst versucht habe, das erste Unternehmen zu privatisieren, und das, gemeinsam mit einem westdeutschen Unternehmen, gescheitert ist. Ich habe versucht, ein Treuhandunternehmen zu sanieren, das hat die BvS respektiert und hat versucht, mir vernünftige Kaufkonditionen einzuräumen. Das war mein Start als Unternehmerin mit vielen Hemmnissen, aber auch Erfolgen.

Heute früh wurde davon gesprochen, daß wir also im Prinzip dieses Unternehmertum, daß wir den Mittelstand und flexible Unternehmen dringend brauchen. Es gibt eine Menge an Ostdeutschen, die 1990/91 richtig hungrig darauf waren, Unternehmer zu sein. Ich war schon vor der Wende Betriebsdirektorin. In dieser Funktion habe ich mir auch schon manches gedacht, was ich machen